

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP

Keine Steuergelder für Antisemiten, Rassisten und Extremisten!

1. unter Beachtung der aktuellen rechtspolitischen Debatte hierzu die Zuwendungs- und Förderrichtlinien des Landes und der Stadtgemeinde Bremen um Klauseln zu ergänzen, die sicherstellen, dass Förderungen nicht Initiativen und Trägern zugutekommen, welche Antisemitismus, Rassismus oder Extremismus fördern, indem sie:
 - a. über Mitglieder verfügen, welche rechtskräftig wegen einer antisemitischen, rassistischen, oder extremistischen Straftat verurteilt wurden;
 - b. sich selbst einschlägig äußern;
 - c. einschlägige Äußerungen verbreiten;
 - d. einschlägige Gruppierungen unterstützen;
 - e. oder mit diesen zusammenarbeiten.
2. die erarbeiteten Klauseln mit Wirkung für die Zukunft bis spätestens zum 01.01.2025 in die Zuwendungs- und Förderrichtlinien des Landes und der Samtgemeinde Bremen aufzunehmen. Bereits bestehende Förderungen sollen hiervon nicht berührt werden.
3. bis zur endgültigen Implementierung der Klauseln alle zwei Monate über den Fortschritt des Verfahrens im Rechtsausschuss und im Controllingausschuss zu berichten.
4. beginnend mit dem Jahr 2025 den Rechenschaftsbericht über die verausgabten Zuwendungen (Zuwendungsbericht) um Informationen und Darstellungen zur Umsetzung der in den neuen Klauseln zu ergänzen.

Beschlussempfehlung:

Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und FDP-Fraktion